



## **Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen**

**Stadtverordnetenversammlung Gießen**

**Fraktionsbüro:**

Rathaus, Raum 24

Berliner Platz 1

35390 Gießen

Tel./Fax: 0641/3061080

E-Mail: [libue.blg.fraktion@giessen.de](mailto:libue.blg.fraktion@giessen.de)

**Stadtverordneter**

Michael Janitzki

Fröbelstr. 39

35394 Gießen

Tel./Fax: 0641/44771

E-Mail: [michael.janitzki@t-online.de](mailto:michael.janitzki@t-online.de)

Gießen, 10. September 2015

## **Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung**

### **Antrag zum Bauvorhaben in der Fuldastraße**

Über den Ausschuss für Soziales, Sport und Integration und über den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europa- Ausschuss stelle ich für die Fraktion folgenden Antrag:

**Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, sich dafür einzusetzen, dass beim geplanten Bauvorhaben der Wohnbau GmbH in der Fuldastraße mindestens die Hälfte der Wohnungen einen Mietpreis haben wird, der den KdU-Richtlinien des Jobcenters entspricht, und dass diese Wohnungen nur von diesem Personenkreis bezogen werden kann.**

Begründung:

Das Bauvorhaben mit 24 Wohnungen in der Fuldastraße wird die erste Maßnahme des Sanierungsprojektes Flussstraßenviertel sein. Es hat somit einen gewissen Modellcharakter, von dem eine Signalwirkung ausgehen kann - wie Herr Dr. Richter vom Stadtplanungsamt zutreffend beim letzten Runden Tisch festgestellt hat.

Damit ein positives Signal ausgehen wird, müssen auch Menschen mit niedrigen Einkommen diese neuen Wohnungen beziehen können.

Die Wohnbau geht aber bei größtmöglicher Förderkulisse für diese Wohnungen trotzdem von einem zukünftigen Mietpreis von etwa 6,50

Euro pro m<sup>2</sup> aus. Damit hätte vermutlich die Hälfte der Menschen im Viertel keinen Zugang zu diesen Wohnungen, weil nach den KdU-Richtlinien maximal 5,40 Euro pro m<sup>2</sup> für einen Ein-Personen-Haushalt als ein angemessener Mietpreis gelten.

Die zusätzlichen Kosten dafür sind m. E. für die Wohnbau oder für die Stadt erschwinglich. Denn für eine Wohneinheit würde nach Auskunft des Magistrats auf meine Frage in der letzten

Stadtverordnetenversammlung für die Senkung des Mietpreises von 6,50 auf 5,40 Euro pro m<sup>2</sup> ungefähr 10 000 Euro weitere Kosten entstehen.

Die 120 000 Euro insgesamt für 12 Wohnungen müssten zu finanzieren sein, wenn man es will.

gez. Michael Janitzki